

**July 4, 1991**

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the  
Secretary General of the United Nations Perez de  
Cuellar on Tuesday, 2 July 1991, in Bonn**

**Citation:**

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with the Secretary General of the United Nations Perez de Cuellar on Tuesday, 2 July 1991, in Bonn", July 4, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59745, 208-216. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300128>

**Summary:**

Kohl and Perez de Cuellar discuss Germany's international role, European integration, the Yugoslavia War, the Middle East and the end of Perez de Cuellar's tenure as UN Secretary General.

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan  
Transcript - German  
Translation - English

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 4. Juli 1991

sa

192  
- 207

Der Leiter  
des Kanzlerbüros (16)  
0 4. JULI 1991  
LH/17

Über  
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes  
Herrn Bundeskanzler

64/2  
4

Betr.: Vermerk über Ihr Gespräch mit dem Generalsekretär der Vereinten  
Nationen Perez de Cuellar am Dienstag, dem 2. Juli 1991, in Bonn

Hiermit lege ich o.a. Vermerk über Ihr Gespräch mit GS Perez de Cuellar  
am 2. Juli 1991 vor.

Ich gehe davon aus, daß der Vermerk nicht weitergeleitet wird.

ja

*Hartmann*

(Dr. Hartmann)

*Hartmann*

ee .  
Fikt  
2.3/12

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Perez de Cuellar am Dienstag, dem 2. Juli 1991, in Bonn

Der Herr Bundeskanzler heißt GS Perez de Cuellar herzlich willkommen und überreicht ihm eine Münze, die anlässlich der deutschen Einheit geprägt wurde.

GS Perez de Cuellar bedankt sich und erklärt, die Vereinten Nationen hätten sich über das Zustandekommen der deutschen Einheit unter Führung des Herrn Bundeskanzlers sehr gefreut.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle Perez de Cuellar zunächst für seine Arbeit sehr herzlich danken. Er habe sicher eines der interessantesten, aber auch eines der anstrengendsten Ämter inne.

GS Perez de Cuellar erwidert, in der Tat habe er nach 10 Jahren das Gefühl, einiges bewegt zu haben. Allerdings bleibe auch noch vieles liegen.

Der Bundeskanzler fährt fort, für den scheidenden Generalsekretär sei es doch eine große Genugtuung, daß sich die weltweite Bedrohung des Friedens vermindert habe.

GS Perez de Cuellar erklärt, dies sei zwar im Prinzip richtig. Andererseits habe man aber außer in Namibia nichts wirklich geregelt. Es gebe beispielsweise derzeit große Probleme mit dem Irak. Das Regime dort sei einfach nicht vertrauenswürdig.

Der Bundeskanzler fährt fort, man dürfe aber nicht übersehen, daß wir in eine neue Phase getreten seien. Ohne die inzwischen eingetretenen Veränderungen bestünde beispielsweise in Jugoslawien Weltkriegsgefahr. Jetzt sei es im Grunde genommen ein lokaler Konflikt. Insofern hätten sich die Dinge schon positiv verändert. Richtig sei allerdings, daß es in der Dritten Welt noch sehr viele ungelöste Konflikte gebe.

GS Perez de Cuellar erklärt, das Drama im Fall Jugoslawien sei, daß man einerseits für das Selbstbestimmungsrecht eintreten, zum anderen ein politisches Interesse an der Einheit dieses Landes haben müsse.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei in der Tat das Problem. Man könne das Land nicht zusammenhalten, wenn die Leute dies nicht wollten. Es wäre besser gewesen, wenn man sich schon früher um eine weitgespannte Konföderation mit entsprechender Eigenständigkeit der Republiken bemüht hätte. Andererseits handele es sich um einen uralten Konflikt, der nicht zuletzt in den religiös-kulturellen Gegensätzen begründet sei.

GS Perez de Cuellar erklärt, er sei besorgt wegen der möglichen Auswirkungen auf die Sowjetunion und die CSFR.

Der Bundeskanzler erklärt, da brauche man nicht so weit zu gehen. Es gebe auch eine Reihe Länder in Westeuropa, die diese Auswirkungen mit Sorge betrachteten. Dies habe er auf dem letztem ER in Luxemburg feststellen können.

Der Generalsekretär erklärt, er sei in einem Interview gefragt worden, welche Rolle die Vereinten Nationen im Jugoslawien-Konflikt spielen könnten. Er habe auf die Bemühungen der EG und KSZE hingewiesen und er wolle auch hier ganz offen sagen, daß er nicht glaube, daß der Sicherheitsrat irgendeine Aktion der Vereinten Nationen billigen würde. Insbesondere der Sowjetunion würde ein solcher Beschluß sehr schwerfallen.

Der Bundeskanzler wirft ein, anderen sicherlich auch und fügte hinzu, es wäre auch nicht weise, in dieser Frage die Vereinten Nationen zu bemühen.

GS Perez de Cuellar fährt fort, er habe einen Brief des Präsidenten von Slowenien erhalten, der auf Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens dränge. Es sei aber nicht Sache der Vereinten Nationen, Staaten anzuerkennen.

Er wolle noch einmal darauf hinweisen, daß man derzeit ein sehr großes Problem im Irak habe wegen der Durchführung der Inspektion. Die irakische Regierung weigere sich, das VN-Team zu unterstützen. Der amerikanische Präsident habe daraufhin eine scharfe Warnung an den Irak ausgesprochen. Das Problem, das sich dort aufstae, sei sehr ernst. Er hoffe, morgen mit dem Inspektionsteam in Genf zusammenzutreffen.

194

210

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie der Generalsekretär die Entwicklung in Zypern beurteile. Er habe während des Golfkrieges wiederholt hierüber mit Präsident Özal und Ministerpräsident Mitsotakis gesprochen. Wir Deutsche hätten zu beiden Ländern exzellente Beziehungen und bedauerten daher umso mehr, daß sich in dieser Frage nichts bewege.

GS Perez de Cuellar erklärt, er sei dankbar, daß der Bundeskanzler diese Frage aufwerfe. Er werde demnächst im Rahmen eines nichtoffiziellen Besuches mit Özal in der Türkei zusammentreffen. Zur Zeit lägen zwei Vorschläge auf dem Tisch. Als erster habe Özal eine Konferenz aller vier betroffenen Parteien, nämlich Griechenlands, der Türkei sowie der türkischen und griechischen Zyprioten vorgeschlagen. Daraufhin hätten die griechischen Zyprioten einen neuen Vorschlag gemacht, wonach Teilnehmer der Konferenz der Präsident der Türkei, der Premierminister Griechenlands, der Präsident Zyperns sowie Vertreter der beiden Volksgruppen auf Zypern sein sollten. Natürlich sei dieser zweite Vorschlag für die Türkei nicht akzeptabel. Er wisse auch nicht, wie man in dieser Frage jetzt weiterkomme.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe seinerseits versucht, ein Gespräch zwischen Mitsotakis und Özal in Davos zustandezubringen. Dies sei leider nicht gelungen. Das ganze sei eine unerfreuliche Angelegenheit, zumal sie auch die Entwicklung innerhalb des Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft beeinflusse.

GS Perez de Cuellar erklärt, man solle zunächst die Rahmenbedingungen klären, nämlich Territorium, Verfassung und Bewegungsfreiheit etc. Wenn hierüber Einigung erzielt worden sei, könne man eine Konferenz einberufen. Andernfalls sei eine solche Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß es gelungen sei, die schwierige Frage der deutsch-polnischen Grenze ohne innenpolitische Explosion zu lösen. Er sei überzeugt, daß dies eine große Leistung vor der Geschichte sei. Im übrigen wäre es vor 10 Jahren sicherlich nicht möglich gewesen, die jetzt gefundene Regelung innenpolitisch durchzusetzen.

195  
211

Das Zypernproblem sei vor dem Hintergrund der allgemeinen europäischen Entwicklung absurd. Die Türkei wolle zumindest assoziiertes Mitglied der EG werden. Dies werde aber nicht möglich sein, wenn dieses Problem nicht gelöst werde.

Er sei gerne bereit, hier zu helfen, zumal er überzeugt sei, daß der griechische Ministerpräsident Mitsotakis in dieser Sache guten Willen habe.

GS Perez de Cuellar stimmt nachdrücklich zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, es sei insgesamt ein Glücksfall, daß es eine Reihe Leute innerhalb der EG gebe, die die Dinge voranbringen wollten. Er nennt insbesondere den französischen Präsidenten Mitterrand, den spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales und den britischen Premierminister Major.

Der Bundeskanzler leitet sodann auf das Thema Nahost über und erklärt, er mache sich große Sorgen um die Entwicklung in der Region.

GS Perez de Cuellar stimmt dem Bundeskanzler nachdrücklich zu und erklärt, die Durchführung der 13 VN-Resolutionen sei eine sehr schwierige Aufgabe. Gemeinsames Ziel müsse die Stabilität sein und dies werde nicht ohne den Iran gelingen, der ein Schlüsselland sei. Leider nähmen die USA gegenüber dem Iran keine positive Haltung ein.

Der Bundeskanzler erklärt, er stehe seit Monaten mit dem iranischen Präsidenten Rafsandjani in regelmäßigem telefonischen Kontakt und habe in seinen Gesprächen deutlich gespürt, daß Rafsandjani den Iran in die internationale Entwicklung zurückbringen wolle.

GS Perez de Cuellar stimmt dem zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, was das Verhältnis USA/Iran betreffe, so habe er den Eindruck, daß es ein Problem zwischen der Administration und dem Kongreß gebe. In der Tat habe der Kongreß zu viel Einfluß auf die Außenpolitik. Im Senat sei die Stimmung gegenüber dem Iran wegen der Geiselfrage besonders schlecht. Er habe Rafsandjani gesagt, daß man an

196

212

dieser Frage arbeiten müsse. Er habe ebenso Präsident Bush gegenüber klar gestellt, daß es keinen Frieden in der Region gebe, wenn man den Iran ausschließe. Er meine, daß es gelingen müsse, hier weiterzukommen.

Ein anderes Problem sei, ob man mit Israel und dessen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten klarkomme. Israel werde in den nächsten vier Jahren ca. 1 Million Einwanderer aus der Sowjetunion ansiedeln müssen. Die israelische Regierung habe sich in diesem Zusammenhang um Hilfe an uns gewandt. Allerdings beantworte Israel die Frage nicht, wo diese Zuwanderer angesiedelt werden sollten. Eine klare Antwort auf diese Frage sei aber die Voraussetzung für eine Hilfeleistung.

Selbstverständlich trete die Bundesregierung für sichere Grenzen Israels ein, zumal wir uns stets der besonderen Beziehungen zum Staat Israel bewußt seien. Andererseits sei die Politik der derzeitigen israelischen Regierung schwer zu verstehen. Er habe Premierminister Shamir schon vor Jahren gefragt, worauf er denn eigentlich warte. Auf einen Nachfolger von Mubarak oder von König Hussein?

Vor allem das Verhältnis Israels gegenüber der EG sei nicht sehr klug. Wenn es gelinge, eine politisch-rechtliche Regelung zu finden, würden sich die ökonomischen Fragen stellen und dann werde man die EG brauchen.

GS Perez de Cuellar erklärt, er sei hinsichtlich der Entwicklung auch nicht optimistisch, obschon sowohl Präsident Bush als auch Außenminister Baker die seit Jahren flexibelsten amerikanischen Politiker in dieser Frage seien. Bush verstehe das Problem, aber er könne sich nicht erlauben, seine Vorschläge in vollem Umfang durchzusetzen. Für Baker gelte das gleiche.

Jetzt drehe sich ganze Diskussion um die Beteiligung der Vereinten Nationen. Er sei allerdings nicht bereit, nur zu einem Fototermin zu erscheinen. Entweder müßten die Vereinten Nationen die Rolle spielen, die ihnen zukomme, oder sie müßten auf eine Beteiligung verzichten. Immerhin dürfe man nicht vergessen, daß die Entstehung des Staates Israel auf die Vereinten Nationen zurückgehe.

Der Bundeskanzler erklärt, aus seiner Sicht sei dies das kritischste Problem in der Welt überhaupt. Er sei sehr betroffen darüber, daß es keine Fortschritte gegeben habe.

Das Absurde sei, daß es sich um eine Region handele, in der drei Weltreligionen ihren Ursprung hätten.

Hingegen habe er den Eindruck, daß die Dinge in Lateinamerika gut vorangingen.

GS Perez de Cuellar stimmt zu, fügt aber hinzu, daß es auch dort viele Probleme gebe.

Der Bundeskanzler erklärt, kürzlich sei der mexikanische Präsident hier gewesen, der einen sehr guten Eindruck hinterlassen habe.

GS Perez de Cuellar erklärt, er wolle nicht versäumen, dem Bundeskanzler nochmals sehr herzlich zu danken für die große Unterstützung, die die Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland erfahren hätten. Deutschland werde stärker und er nehme an, daß auch die Unterstützung Deutschlands für die Vereinten Nationen stärker werde. Er wolle insbesondere den deutschen Beitrag zu den friedenserhaltenden Maßnahmen, aber auch zu zahlreichen humanitären Programmen erwähnen. Dies alles sei ein vortrefflicher Beitrag. Wenn Deutschland jedoch mehr tun könne, dann solle es dies auch tun.

Der Bundeskanzler erwidert, er sei sicher, daß man in Zukunft die Vereinten Nationen noch stärker unterstützen werde. Natürlich hätten wir im Augenblick noch erhebliche Probleme in Deutschland selbst zu bewältigen. Wir hätten noch eine schwierige Übergangszeit von 1 bis 1 1/2 Jahre vor uns. Aber in 3 bis 5 Jahren würden die größten ökonomischen und sozialen Probleme gelöst sein.

Was die meisten Deutschen nur schwer begriffen, sei, daß sie nicht nur ihren eigenen Wohlstand verwalten könnten, sondern auch internationale Verantwortung übernehmen müßten. Bei privaten Hilfsaktionen gebe es durchaus eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, wie die Hilfsaktion im letzten Winter zugunsten der Menschen in der Sowjetunion bewiesen habe. Aber wenn es um Forderungen des Staates gehe, sei die Sache schon schwieriger.

Wir könnten in den Vereinten Nationen nicht nur Rechte in Anspruch nehmen, sondern müßten auch die Pflichten, die damit verbunden seien, übernehmen. Wir hätten nicht länger die Ausrede der Teilung unsere Landes. Er sei fest entschlossen, die Verfassung entsprechend zu ändern. Allerdings werden er hier für im ersten Anlauf wahrscheinlich keine Mehrheit finden.

GS Perez de Cuellar wirft ein, der Bundeskanzler sei ein erfolgreicher Kämpfer.

Der Bundeskanzler fährt fort, zugleich sei er zuversichtlich, daß die europäische Entwicklung in Richtung auf eine größere Einheit weiterkommen werde. Wir hätten jetzt die deutsche Einheit zustandegebracht. Dies sei aber nur eine Seite der Medaille. Jetzt gehe es darum, die größere europäische Einheit zu vollenden. Die Deutschen seien aus geographischen und historischen Gründen mehr als andere auf die europäische Einheit angewiesen.

GS Perez de Cuellar erklärt, man müsse sehen, daß vor allen Dingen in der Dritten Welt die Lage sich weiter verschlechtere. Der Abstand zwischen der Dritten Welt und den Industriestaaten werde immer größer. Er appelliere auch an die neuen Industriestaaten in Asien, wie Korea und Taiwan, ihren Wohlstand mit den ärmeren Ländern zu teilen. Wenn dies nicht gelinge, stehe die Zukunft auf einem sehr zerbrechlichen Grund.

Der Bundeskanzler stimmt nachdrücklich zu. In der Tat sei der Ost-West-Konflikt überwunden. Aber jetzt stünden wir vor einem möglicherweise noch schwerwiegenderen Nord-Süd-Konflikt. Um diesen Konflikt zu überwinden, müßten wir bereit sein, eine wichtige Rolle zu übernehmen. Dabei gehe es nicht um Machtpolitik, sondern um einen Erziehungsprozeß, in dem noch viel zu tun sei.

Allerdings müsse man sagen, daß gerade in bezug auf die Dritte Welt die jüngere Generation eine positive Einstellung habe, wie übrigens auch in der Frage der internationalen Umweltpolitik. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London werde man auch über den tropischen Regenwald sprechen. Dies sei ein hierzulande sehr populäres Thema. Bei all diesen Fragen sei das Denken globaler geworden.

GS Perez de Cuellar erklärt, was viele Leute nicht begriffen, sei, daß es die Armut sei, die die Umwelt am stärksten bedrohe.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie der Generalsekretär die Entwicklung in Korea beurteile.

GS Perez de Cuellar erwidert, vom Standpunkt der Vereinten Nationen gebe es hier derzeit kein größeres Problem. Beide koreanische Staaten würden um September Mitglied der Vereinten Nationen werden. Er habe dem nordkoreanischen Botschafter gesagt, daß die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht gleichbedeutend sei mit einer lebenslangen Teilung und hierbei auf Deutschland verwiesen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob der Generalsekretär eine neue Bewegung in Richtung auf die Einheit Koreas sehe.

GS Perez de Cuellar verneint diese Frage und verweist auf die starke Rolle von Kim Il Sung.

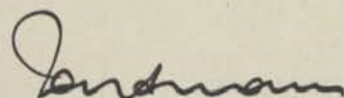
Gute Nachrichten gebe es dagegen über die Entwicklung in Kambodscha. Dort gingen die Dinge in die richtige Richtung. Hier würden die Vereinten Nationen vor eine gewaltige Verantwortung gestellt und er werde auch von Deutschland einen Beitrag hierzu erbitten.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle noch einen anderen Punkt ansprechen. Wie dem Generalsekretär bekannt sei, hätten wir jetzt eine wichtige Entscheidung über die Verlagerung des Regierungs- und Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin getroffen. Sein Interesse sei es, jetzt auch die eine oder andere internationale Organisation nach Bonn zu holen. Dabei müsse man sehen, daß es in Bonn eine hervorragende Infrastruktur gebe und daß auch die Verkehrslage außerordentlich günstig sei. Er wäre daher dem Generalsekretär dankbar, wenn er diesen Wunsch in seine Überlegungen einbeziehen würde.

GS Perez de Cuellar erklärt, dies sei in der Tat ein interessanter Gesichtspunkt, über den der Bundeskanzler allerdings auch mit den befreundeten Ländern reden sollte. Er werde die Anregung des Bundeskanzlers aber gerne beherzigen.

Er wolle noch einige Worte über sein eigenes Land sagen. Peru benötige jede internationale Unterstützung. Die Regierung führe einen entschiedenen Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Armut. Sie habe mutige wirtschaftliche und finanzielle Entscheidungen getroffen. Jegliche Unterstützung für Peru bedeute auch Unterstützung für Demokratie und soziale Entwicklung.

Der Bundeskanzler erklärt, er sei sich dieser Probleme sehr bewußt und er sei erfreut darüber, daß man inzwischen in weiten Teilen Lateinamerikas zu einer Entwicklung in Richtung Demokratie gekommen sei.



(Dr. Hartmann)

Abteilungsleiter 2  
Bonn, den 4. Juli 1991

## **V e r m e r k**

**Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Perez de Cuellar am Dienstag, dem 2. Juli 1991, in Bonn**

**[1]**

Der Herr Bundeskanzler heißt GS Perez de Cuellar herzlich willkommen und überreicht ihm eine Münze, die anlässlich der deutschen Einheit geprägt wurde.

GS Perez de Cuellar bedankt sich und erklärt, die Vereinten Nationen hätten sich über das Zustandekommen der deutschen Einheit unter Führung des Herrn Bundeskanzler sehr gefreut.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle Perez de Cuellar zunächst für seine Arbeit sehr herzlich danken. Er habe sicher eines der interessantesten, aber auch eines der anstrengendsten Ämter inne.

Perez de Cuellar erwidert, in der Tat habe er nach 10 Jahren das Gefühl, einiges bewegt zu haben. Allerdings bleibe auch noch vieles liegen.

Der Bundeskanzler fährt fort, für den scheidenden Generalsekretär sei es doch eine große Genugtuung, daß sich die weltweite Bedrohung des Friedens vermindert habe.

GS Perez de Cuellar erklärt, dies sei zwar im Prinzip richtig. Andererseits habe man aber außer in Namibia nichts wirklich geregelt. Es gebe beispielsweise derzeit große Probleme mit dem Irak. Das Regime dort sei einfach nicht vertrauenswürdig.

Der Bundeskanzler fährt fort, man dürfe aber nicht übersehen, daß wir in eine neue Phase getreten seien. Ohne die inzwischen eingetretenen Veränderungen bestünde beispielsweise in Jugoslawien Weltkriegsgefahr. Jetzt sei es im Grunde genommen ein lokaler Konflikt. Insofern hätten sich die Dinge schon positiv verändert. Richtig sei allerdings, daß es in der Dritten Welt noch sehr viele ungelöste Konflikte gebe.

GS Perez de Cuellar erklärt, das Drama im Fall Jugoslawien sei, daß man einerseits für das Selbstbestimmungsrecht eintreten, zum anderen ein politisches Interesse an der Einheit dieses Landes haben müsse.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies sei in der Tat das Problem. Man könne das Land nicht zusammenhalten, wenn die Leute dies nicht wollten. Es wäre besser gewesen, wenn man sich schon früher um eine weitgespannte Konföderation mit entsprechender Eigenständigkeit der Republiken bemüht hätte. Andererseits handele es sich um einen uralten Konflikt, der nicht zuletzt in den religiös-kulturellen Gegensätzen begründet sei.

GS Perez de Cuellar erklärt, er sei besorgt wegen der möglichen Auswirkungen auf die Sowjetunion und die CSFR.

Der Bundeskanzler erklärt, da brauche man nicht so weit zu gehen. Es gebe auch eine Reihe Länder in Westeuropa, die diese Auswirkungen mit Sorge betrachteten. Dies habe er auf dem letztem ER in Luxemburg feststellen können.

Der Generalsekretär erklärt, er sei in einem Interview gefragt worden, welche Rolle die Vereinten Nationen im Jugoslawien-Konflikt spielen könnten. Er habe auf die Bemühungen der EG und KSZE hingewiesen und er wolle auch hier ganz offen sagen, daß er nicht glaube, daß der Sicherheitsrat irgendeine Aktion der Vereinten Nationen billigen würde. Insbesondere der Sowjetunion würde ein solcher Beschluß sehr schwerfallen.

Der Bundeskanzler wirft ein, anderen sicherlich auch und fügte hinzu, es wäre auch nicht weise, in dieser Frage die Vereinten Nationen zu bemühen.

GS Perez de Cuellar fährt fort, er habe einen Brief des Präsidenten von Slowenien erhalten, der auf Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens dränge. Es sei aber nicht Sache der Vereinten Nationen, Staaten anzuerkennen.

Er wolle noch einmal darauf hinweisen, daß man derzeit ein sehr großes Problem im

Irak habe wegen der Durchführung der Inspektion. Die irakische Regierung weigere sich, das VN-Team zu unterstützen. Der amerikanische Präsident habe daraufhin eine scharfe Warnung an den Irak ausgesprochen. Das Problem, das sich dort aufstauet, sei sehr ernst. Er hoffe, morgen mit dem Inspektionsteam in Genf zusammenzutreffen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie der Generalsekretär die Entwicklung in Zypern beurteile. Er habe während des Golfkrieges wiederholt hierüber mit Özal und Ministerpräsident Mitsotakis gesprochen. Wir Deutsche hätten zu beiden Ländern exzellente Beziehungen und bedauerten daher umso mehr, daß sich in dieser Frage nichts bewege.

Perez de Cuellar erklärt, er sei dankbar, daß der Bundeskanzler diese Frage aufwerfe. Er werde demnächst im Rahmen eines nichtoffiziellen Besuchs mit Özal in der Türkei zusammentreffen. Zur Zeit lägen zwei Vorschläge auf dem Tisch. Als erster habe Özal eine Konferenz aller vier betroffenen Parteien vorgeschlagen, nämlich Griechenlands, der Türkei sowie der türkischen und griechischen Zyprioten vorgeschlagen. Daraufhin hätten die griechischen Zyprioten einen neuen Vorschlag gemacht, wonach Teilnehmer der Konferenz der Präsident der Türkei, der Premierminister Griechenlands, der Präsident Zyperns sowie Vertreter der beiden Volksgruppen auf sein sollten. Natürlich sei dieser zweite Vorschlag für die Türkei nicht akzeptabel. Er wisse auch nicht, wie man in dieser Frage jetzt weiterkomme.

Der Bundeskanzler erklärt, er habe seinerseits versucht, ein Gespräch zwischen Mitsotakis und Özal in Davos zustandezubringen. Dies sei leider nicht gelungen. Das ganze sei eine unerfreuliche Angelegenheit, zumal sie auch die Entwicklung innerhalb des Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft beeinflusse.

GS Perez de Cuellar erklärt, man solle zunächst die Rahmenbedingungen klären, nämlich Verfassung und Bewegungsfreiheit etc. Wenn hierüber Einigung erzielt worden sei, könne man eine Konferenz einberufen. Andernfalls sei eine solche Konferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß es gelungen sei, die schwierige Frage der deutsch-polnischen Grenze ohne innenpolitische Explosion zu lösen. Er sei überzeugt, daß dies eine große Leistung vor der Geschichte sei. Im übrigen wäre es vor 10 Jahren sicherlich nicht möglich gewesen, die jetzt gefundene Regelung innenpolitisch durchzusetzen.

Das Zypernproblem sei vor dem Hintergrund der allgemeinen europäischen Entwicklung absurd. Die Türkei wolle zumindest assoziiertes Mitglied der EG werden. Dies werde aber nicht möglich sein, wenn dieses Problem nicht gelöst werde.

Er sei gerne bereit, hier zu helfen, zumal er überzeugt sei, daß der griechische Ministerpräsident Mitsotakis in dieser Sache guten Willen habe.

GS Perez de Cuellar stimmt nachdrücklich zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, es sei insgesamt ein Glücksfall, daß es eine Reihe Leute innerhalb der EG gebe, die die Dinge voranbringen wollten. Er nenne insbesondere den französischen Präsidenten Mitterrand, den spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales und den britischen Premierminister Major.

Der Bundeskanzler leitet sodann auf das Thema Nahost über und erklärt, er mache sich große Sorgen um die Entwicklung in der Region.

GS Perez de Cuellar stimmt dem Bundeskanzler nachdrücklich zu und erklärt, die Durchführung der 13 VN-Resolutionen sei eine sehr schwierige Aufgabe. Gemeinsames Ziel müsse die Stabilität sein und dies werde nicht ohne den Iran gelingen, der ein Schlüsselland sei. Leider nähmen die USA gegenüber dem Iran keine positive Haltung ein.

Der Bundeskanzler erklärt, er stehe seit Monaten mit dem iranischen Präsidenten Rafsandschani in regelmäßigem telefonischen Kontakt und habe in seinen Gesprächen deutlich gespürt, daß Rafsandschani den Iran in die inter-nationale Entwicklung zurückbringen wolle.

GS Perez de Cuellar stimmt dem zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, was das Verhältnis USA/Iran betreffe, so habe er den Eindruck, daß es ein Problem zwischen der Administration und dem Kongreß gebe. In der Tat habe der Kongreß zu viel Einfluß auf die Außenpolitik. Im Senat sei die Stimmung gegenüber dem Iran wegen der Geiselfrage besonders schlecht. Er habe

Rafsandjani gesagt, daß man an dieser Frage arbeiten müsse.

Er habe ebenso Präsident Bush gegenüber klargestellt, daß es keinen Frieden in der Region gebe, wenn man den Iran ausschließe. Er meine, daß es gelingen müsse, hier weiterzukommen.

Ein anderes Problem sei, ob man mit Israel und dessen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten klarkomme. Israel werde in den nächsten vier Jahren ca. 1 Million Einwanderer aus der Sowjetunion ansiedeln müssen. Die israelische Regierung habe sich in diesem Zusammenhang um Hilfe an uns gewandt. Allerdings beantworte Israel die Frage nicht, wo diese Zuwanderer angesiedelt werden sollten. Eine klare Antwort auf diese Frage sei aber die Voraussetzung für eine Hilfeleistung.

Selbstverständlich trete die Bundesregierung für sichere Grenzen Israels ein, zumal wir uns stets der besonderen Beziehungen zum Staat Israel bewußt seien.

Andererseits sei die Politik der derzeitigen israelischen Regierung schwer zu verstehen. Er habe Premierminister Shamir schon vor Jahren gefragt, worauf er denn eigentlich warte. Auf einen Nachfolger von Mubarak oder von König Hussein?

Vor allem das Verhältnis Israels gegenüber der EG sei nicht sehr klug. Wenn es gelinge, eine politisch-rechtliche Regelung zu finden, würden sich die ökonomischen Fragen stellen und dann werde man die EG brauchen.

GS Perez de Cuellar erklärt, er sei hinsichtlich der Entwicklung auch nicht optimistisch, obschon sowohl Präsident Bush als auch Außenminister Baker die seit Jahren flexibelsten amerikanischen Politiker in dieser Frage seien. Bush verstehe das Problem, aber er könne sich nicht erlauben, seine Vorschläge in vollem Umfang durchzusetzen. Für Baker gelte das gleiche.

Jetzt drehe sich ganze Diskussion um die Beteiligung der Vereinten Nationen. Er sei allerdings nicht bereit, nur zu einem Fototermin zu erscheinen. Entweder müßten die Vereinten Nationen die Rolle spielen, die ihnen zukomme, oder sie müßten auf eine Beteiligung verzichten. Immerhin dürfe man nicht vergessen, daß die Entstehung des Staates Israel auf die Vereinten Nationen zurückgehe.

Der Bundeskanzler erklärt, aus seiner Sicht sei dies das kritischste Problem in der Welt überhaupt. Er sei sehr betroffen darüber, daß es keine Fortschritte gegeben habe.

Das Absurde sei, daß es sich um eine Region handele, in der drei Weltreligionen ihren Ursprung hätten.

Hingegen habe er den Eindruck, daß die Dinge in Lateinamerika gut vorangingen.

GS Perez de Cuellar stimmt zu, fügt aber hinzu, daß es auch dort viele Probleme gebe.

Der Bundeskanzler erklärt, kürzlich sei der mexikanische Präsident hier gewesen, der einen sehr guten Eindruck hinterlassen habe.

GS Perez de Cuellar erklärt, er wolle nicht versäumen, dem Bundeskanzler nochmals sehr herzlich zu danken für die große Unterstützung, die die Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland erfahren hätten. Deutschland werde stärker und er nehme an, daß auch die Unterstützung Deutschlands für die Vereinten Nationen stärker werde. Er wolle insbesondere den deutschen Beitrag zu den friedenserhaltenden Maßnahmen, aber auch zu zahlreichen humanitären Programmen erwähnen. Dies alles sei ein vortrefflicher Beitrag. Wenn Deutschland jedoch mehr tun könne, dann solle es dies auch tun.

Der Bundeskanzler erwidert, er sei sicher, daß man in Zukunft die Vereinten Nationen noch stärker unterstützen werde. Natürlich hätten wir im Augenblick noch erhebliche Probleme in Deutschland selbst zu bewältigen. Wir hätten noch eine schwierige Übergangszeit von 1 bis 1 1/2 Jahre vor uns. Aber in 3 bis 5 Jahren würden die größten ökonomischen und sozialen Probleme gelöst sein.

Was die meisten Deutschen nur schwer begriffen, sei, daß sie nicht nur ihren eigenen Wohlstand verwalten könnten, sondern auch internationale Verantwortung übernehmen müßten. Bei privaten Hilfsaktionen gebe es durchaus eine große Bereitschaft in der Bevölkerung, wie die Hilfsaktion im letzten Winter zugunsten der Menschen in der Sowjetunion bewiesen habe. Aber wenn es um Forderungen des Staates gehe, sei die Sache schon schwieriger.

Wir könnten in den Vereinten Nationen nicht nur Rechte in Anspruch nehmen,

sondern müßten auch die Pflichten, die damit verbunden seien, übernehmen. Wir hätten nicht länger die Ausrede der Teilung unseres Landes. Er sei fest entschlossen, die Verfassung entsprechend zu ändern. Allerdings werde er hier für im ersten Anlauf wahrscheinlich keine Mehrheit finden.

GS Perez de Cuellar wirft ein, der Bundeskanzler sei ein erfolgreicher Kämpfer.

Der Bundeskanzler fährt fort, zugleich sei er zuversichtlich, daß die europäische Entwicklung in Richtung auf eine größere Einheit weiterkommen werde. Wir hätten jetzt die deutsche Einheit zustande gebracht. Dies sei aber nur eine Seite der Medaille. Jetzt gehe es darum, die größere europäische Einheit zu vollenden. Die Deutschen seien aus geographischen und historischen Gründen mehr als andere auf die europäische Einheit angewiesen.

GS Perez de Cuellar erklärt, man müsse sehen, daß vor allen Dingen in der Dritten Welt die Lage sich weiter verschlechtere. Der Abstand zwischen der Dritten Welt und den Industriestaaten werde immer größer. Er appelliere auch an die neuen Industriestaaten in Asien, wie Korea und Taiwan, ihren Wohlstand mit den ärmeren Ländern zu teilen. Wenn dies nicht gelinge, stehe die Zukunft auf einem sehr zerbrechlichen Grund.

Der Bundeskanzler stimmt nachdrücklich zu. In der Tat sei der Ost-West-Konflikt überwunden. Aber jetzt stünden wir vor einem möglicherweise noch schwerwiegenden Nord-Süd-Konflikt. Um diesen Konflikt zu überwinden, müßten wir bereit sein, eine wichtige Rolle zu übernehmen. Dabei gehe es nicht um Machtpolitik, sondern um einen Erziehungsprozeß, in dem noch viel zu tun sei.

Allerdings müsse man sagen, daß gerade in Bezug auf die Dritte Welt die jüngere Generation eine positive Einstellung habe, wie übrigens auch in der Frage der internationalen Umweltpolitik. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London werde man auch über den tropischen Regenwald sprechen. Dies sei ein hierzulande sehr populäres Thema. Bei all diesen Fragen sei das Denken globaler geworden.

GS Perez de Cuellar erklärt, was viele Leute nicht begriffen, sei, daß es die Armut sei, die die Umwelt am stärksten bedrohe.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, wie der Generalsekretär die Entwicklung in Korea beurteile.

GS Perez de Cuellar erwidert, vom Standpunkt der Vereinten Nationen gebe es hier derzeit kein größeres Problem. Beide koreanische Staaten würden um September Mitglied der Vereinten Nationen werden. Er habe dem nord-koreanischen Botschafter gesagt, daß die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen nicht gleichbedeutend sei mit einer lebenslangen Teilung und hierbei auf Deutschland verwiesen.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob der Generalsekretär eine neue Bewegung in Richtung auf die Einheit Koreas sehe.

GS Perez de Cuellar verneint diese Frage und verweist auf die starke Rolle von Kim Il Sung.

Gute Nachrichten gebe es dagegen über die Entwicklung in Kambodscha. Dort gingen die Dinge in die richtige Richtung. Hier würden die Vereinten Nationen vor eine gewaltige Verantwortung gestellt und er werde auch von Deutschland einen Beitrag hierzu erbitten.

Der Bundeskanzler erklärt, er wolle noch einen anderen Punkt ansprechen. Wie dem Generalsekretär bekannt sei, hätten wir jetzt eine wichtige Entscheidung über die Verlagerung des Regierungs- und Parlamentssitzes von Bonn nach Berlin getroffen. Sein Interesse sei es, jetzt auch die eine oder andere internationale Organisation nach Bonn zu holen. Dabei müsse man sehen, daß es in Bonn eine hervorragende Infrastruktur gebe und daß auch die Verkehrslage außerordentlich günstig sei. Er wäre daher dem Generalsekretär dankbar, wenn er diesen Wunsch in seine Überlegungen einbeziehen würde.

GS Perez de Cuellar erklärt, dies sei in der Tat ein interessanter Gesichtspunkt, über den der Bundeskanzler allerdings auch mit den befreundeten Ländern reden sollte. Er werde die Anregung des Bundeskanzlers aber gerne beherzigen.

Er wolle noch einige Worte über sein eigenes Land sagen. Peru benötige jede internationale Unterstützung. Die Regierung führe einen entschiedenen Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Armut. Sie habe mutige wirtschaftliche und finanzielle

Entscheidungen getroffen. Jegliche Unterstützung für Peru bedeute auch Unterstützung für Demokratie und soziale Entwicklung.

Der Bundeskanzler erklärt, er sei sich dieser Probleme sehr bewußt und er sei erfreut darüber, daß man inzwischen in weiten Teilen Lateinamerikas zu einer Entwicklung in Richtung Demokratie gekommen sei.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59745, 208-216.

[Editor's note: This document was also published, in the German original, in Andreas Wirsching, Hélène Miard-Delacroix, and Gregor Schöllgen, eds., *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1991* (Berlin; Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2022), <https://doi.org/10.1515/9783110762204>.]

Head of Department 2  
Bonn, 4 July 1991

## **M e m o r a n d u m**

**Subject: The Chancellor's Meeting with the Secretary General of the United Nations Perez de Cuellar on Tuesday, 2 July 1991, in Bonn**<sup>[1]</sup>

The Chancellor warmly welcomes SG Perez de Cuellar and presents him with a coin that was minted on the occasion of German unification.

SG Perez de Cuellar thanks the Chancellor and declares that the United Nations had been very pleased that German unity had come about under the leadership of the Chancellor.

The Chancellor points out that he would first like to thank Perez de Cuellar very warmly for his work. He certainly held one of the most interesting, but also one of the most strenuous positions.

SG Perez de Cuellar replies that after 10 years, he did, indeed, feel that he had made a difference. However, a lot remained to be done.

The Chancellor continues, saying that for the outgoing Secretary General it was a great satisfaction that the global threat to peace had lessened.

SG Perez de Cuellar explains that this was true in principle. In contrast, apart from in Namibia, nothing had really been regulated. For example, there were currently major problems with Iraq. The regime there was simply not trustworthy.

The Chancellor goes on to say that it should not be overlooked that we had entered a new phase. Without the changes that occurred in the meantime, there would be a risk of a world war in Yugoslavia, for example. Now it was basically a local conflict. In this respect, things had already changed for the better. It was true, however, that there were still very many unresolved conflicts in the Third World.

SG Perez de Cuellar explains that the drama in the case of Yugoslavia was that, on the one hand, one must stand up for the right to self-determination and, on the other hand, one must have a political interest in the unity of this country.

The Chancellor interjects that this was, indeed, the problem. One could not keep the country together if the people did not want this. It would have been better if earlier efforts had been made to establish a broad confederation with the corresponding independence of the republics. On the other hand, it was an age-old conflict, which was not least due to the religious-cultural contrasts.

SG Perez de Cuellar says that he was concerned about the potential impact on the Soviet Union and the CSFR.

The Chancellor explains that there was no need to go that far. There were also several countries in Western Europe that were concerned about these effects. He was able to determine this at the last ER in Luxembourg.

SG Perez de Cuellar says that he had been asked in an interview what role the United Nations could play in the Yugoslavia conflict. He had referred to the efforts of the EC and the CSCE and he wanted to say quite frankly here, too, that he did not believe that the Security Council would approve of any action by the United Nations. Such a decision would be very difficult for the Soviet Union, in particular.

The Chancellor interjects that it was certainly difficult for others, too, adding that it would also not be wise to ask the United Nations on this issue.

SG Perez de Cuellar goes on to say that he had received a letter from the President of Slovenia urging recognition of Slovenia's independence. But it was not up to the United Nations to recognize states.

He would like to point out once again that there was currently a very large problem in

Iraq due to the conduct of the inspection. The Iraqi government refused to support the UN team. The American President had then issued a sharp warning to Iraq. The problem that was developing there was very serious. He hoped to meet the inspection team in Geneva tomorrow.

The Chancellor queries how the Secretary General assessed developments in Cyprus. He had spoken to Özal and Prime Minister Mitsotakis repeatedly about this during the Gulf War. We Germans had excellent relations with both countries and therefore regretted it all the more that nothing was moving on this issue.

SG Perez de Cuellar points out that he was grateful that the Chancellor has raised this question. He would soon meet with Özal in Turkey as part of an unofficial visit. There were currently two proposals on the table. Özal had been the first to propose a conference of all four parties concerned, namely Greece, Turkey, and the Turkish and Greek Cypriots. Thereupon, the Greek Cypriots had made a new proposal, according to which the President of Turkey, the Prime Minister of Greece, the President of Cyprus, and representatives of the two ethnic groups should attend the conference. Of course, this second proposal was not accepted by Turkey. He also did not know how now to get on with this question.

The Chancellor says that he had tried to bring about a conversation between Mitsotakis and Özal in Davos. Unfortunately, this had not been possible. The whole thing was an unpleasant affair, especially since it also influenced developments within the Alliance and the European Community.

SG Perez de Cuellar says that the basic conditions should first be clarified, namely the constitution and freedom of movement, etc. If an agreement was reached on this, a conference could be called. Otherwise, such a conference was doomed to failure from the outset.

The Chancellor points out that the difficult question of the German-Polish border had been resolved without an internal political explosion. He was convinced that this was a great achievement in history. By the way, 10 years ago, it would certainly not have been possible to enforce the regulation that has now been found domestically.

The Cyprus problem was absurd against the background of general European developments. Turkey wanted to, at least, become an associated member of the EC. But this would not be possible if this problem is not resolved. He is happy to help here, especially since he was convinced that the Greek Prime Minister Mitsotakis had goodwill in this matter.

SG Perez de Cuellar strongly agrees.

The Chancellor goes on to say that overall, it was a stroke of luck that there were several people within the EC who wanted to move things forward. He names, in particular, the French President Mitterrand, the Spanish Prime Minister Felipe Gonzales, and the British Prime Minister Major.

The Chancellor then turns to the Middle East and states that he was very concerned about developments in the region.

SG Perez de Cuellar emphatically agrees with the Chancellor and says that the implementation of the 13 UN resolutions was a very difficult task. The common goal must be stability and this would not succeed without Iran, which was a key country. Unfortunately, the US was not taking a positive stance on Iran.

The Chancellor emphasizes that he had been in regular telephone contact with Iranian President Rafsandjani for months and that he clearly sensed in his conversations that Rafsandjani wanted to bring Iran back into international development.

SG Perez de Cuellar agrees.

The Chancellor continues, saying that concerning the US/Iran relationship, he had the impression that there was a problem between the administration and Congress. Indeed, Congress had too much influence on foreign policy. In the Senate, the mood towards Iran was particularly bad because of the hostage issue. He had told Rafsandjani that this question had to be worked on.

He had also made it clear to President Bush that there would be no peace in the region if Iran was excluded. He thought it should be possible to advance things here. Another problem was whether one could get along with Israel and its settlement

policy in the occupied territories. Israel would have to settle around 1 million immigrants from the Soviet Union over the next four years. The Israeli government had turned to us for help in this regard. However, Israel did not answer the question of where these immigrants should be settled. A clear answer to this question was a prerequisite for assistance.

It goes without saying that the Federal Government advocated secure Israeli borders, especially since we were always aware of the special relationship with the state of Israel. On the other hand, the policy of the current Israeli government was difficult to understand. Years ago, he had asked Prime Minister Shamir what he was waiting for. A successor to Mubarak or to King Hussein?

Above all, Israel's relationship with the EC was not very smart. If it were possible to find a political and legal regulation, the economic questions would arise and then the EC would be needed.

SG Perez de Cuellar says that he was not optimistic about developments either, although both President Bush and Secretary of State Baker had been the most flexible American politicians on this issue in years. Bush understood the problem, but he could not allow himself to fully implement his proposals. The same applied to Baker.

Now the whole discussion revolved around the participation of the United Nations. However, he was not ready to only appear for a photo session. Either the United Nations would play the role it deserved, or it would have to forego participation. One should, at least, not forget that the creation of the state of Israel goes back to the United Nations.

The Chancellor explains that, in his view, this was the most critical problem in the world. He was very upset that there had been no progress.

The absurd thing was that this was a region in which three world religions had their origins.

On the other hand, he had the impression that things were going well in Latin America.

SG Perez de Cuellar agrees but adds that there were many problems there too.

The Chancellor explains that the Mexican President had been here recently and had left a very good impression.

SG Perez de Cuellar reiterates that he did not forget to thank the Chancellor again very warmly for the great support that the United Nations had received from the Federal Republic of Germany. Germany was becoming stronger, and he assumed that Germany's support for the United Nations would also increase. In particular, he wanted to mention the German contribution to peacekeeping measures, but also to numerous humanitarian programs. All of this was an excellent contribution. However, if Germany could do more, it should do so, too.

The Chancellor replies that he was certain that the United Nations would be given even more support in the future. Of course, at the moment, we still had considerable problems to deal with ourselves in Germany. We still had a difficult transition period of 1 to 1 1/2 years ahead of us. But in 3 to 5 years, the worst economic and social problems would be solved.

What most Germans find difficult to understand was that they could not only manage their own wealth, but that they also had to take on international responsibility. There was certainly a great willingness among the population for private relief operations, as the relief operation last winter in favor of the people of the Soviet Union demonstrated. But when it came to the demands of the state, things were more difficult.

We could not only exercise rights in the United Nations, but we must also assume the duties that go with them. We no longer had the excuse of dividing our country. He was determined to change the constitution accordingly. However, he would probably not find a majority here in the first attempt.

SG Perez de Cuellar interjects that the Chancellor was a successful fighter.

The Chancellor goes on to say that, at the same time, he was confident that European developments would move towards greater unity. We have achieved German unity. But this was only one side of the coin. Now it was a question of achieving the greater

European unity. For geographical and historical reasons, Germans were more dependent than others on European unity.

SG Perez de Cuellar says that it must be seen that, above all in the Third World, the situation continues to deteriorate. The gap between the Third World and the industrialized countries was growing ever larger. He also appealed to the newly industrialized countries in Asia, such as Korea and Taiwan, to share their prosperity with the poorer countries. If this did not succeed, the future would stand on very fragile ground.

The Chancellor emphatically agrees. Indeed, the East-West conflict had been overcome. But now we were facing a possibly even more serious North-South conflict. To overcome this conflict, we should be ready to play an important role. It was not about power politics, but about an educational process in which there was still much to be done.

It must be said, however, that the younger generation had a positive attitude towards the Third World, as was the case with the question of international environmental policy. The tropical rainforest would also be discussed at the world economic summit in London. This was a very popular topic in this country. With regards to all these questions, everybody's thinking had become more global.

SG Perez de Cuellar explains that what many people failed to understand is that it was poverty that threatened the environment most.

The Chancellor queries how the Secretary General assessed developments in Korea.

SG Perez de Cuellar replies that from the standpoint of the United Nations, there was currently no major problem here. Both Korean states would become members of the United Nations around September. He had told the North Korean ambassador that membership in the United Nations was not synonymous with lifelong division, and that he referred to Germany.

The Chancellor asks whether the Secretary General saw any new movement in the direction of Korean unity.

SG Perez de Cuellar replies in the negative and refers to the strong role played by Kim Il Sung. In comparison, there was good news about the developments in Cambodia. Things are going in the right direction there. Here, the United Nations would be faced with an enormous responsibility, and he would also ask Germany to contribute to this.

The Chancellor says that he wanted to raise another point. As the Secretary General was aware, we had made an important decision about relocating the seat of government and parliament from Bonn to Berlin. It was his interest to bring one or the other international organization to Bonn now. One had to consider that there was an excellent infrastructure in Bonn and that the traffic situation was extremely favorable. He would therefore be grateful to the Secretary General if he would include this wish in his considerations.

SG Perez de Cuellar explains that this was, indeed, an interesting point of view, but the Chancellor should also discuss this with friendly countries. He would be happy to heed the Chancellor's suggestion.

He would like to say a few more words about his own country. Peru needed all international support. The government was waging a determined fight against terrorism and poverty. It had made bold economic and financial decisions. Any support for Peru also meant support for democracy and social development.

The Chancellor states that he was very aware of these problems and that he was pleased that there is a trend towards democracy in large parts of Latin America.

(Dr. Hartmann)

[1] BArch, B 136/59745, 208-216.